

## **Antrag** der Fraktionen der SPD und der CDU

### **Einrichtung einer Datenbank für barrierefreie Wohnungen**

Mit der Landesbauordnung 1995 schaffte Bremen die gesetzliche Vorgabe für den Bau von barrierefreien Wohnungen im Geschosswohnungsbau.

Bisher gibt es jedoch kein Verzeichnis über barrierefreie, rollstuhlgerechte sowie barrierearme Wohnungen, in dem es Vermietern freigestellt ist, ihre diesbezüglichen Angebote darzustellen, so dass es weitgehend dem Zufall überlassen bleibt, eine bedarfsgerechte Wohnung in diesem Segment zu finden.

Im Hinblick auf die demographische Entwicklung, auf bestehende Wartelisten für rollstuhlgerechte Wohnungen sowie auf eine steigende Nachfrage nach barrierefreien Wohnungen durch Senioren, die ihren Wohnstandort aus dem Umland in die Stadt verlegen möchten, wäre eine zentrale und vollständige Informationsmöglichkeit über ein barrierefreies Wohnungsangebot und deren Vermarkter nicht nur wichtig für Bremerinnen und Bremer, sondern auch ein wesentlicher Aspekt der bremischen Initiative zur Einwohnergewinnung.

Die Stadtbürgerschaft möge beschließen:

1. Die Stadtbürgerschaft fordert den Senat auf, die Entwicklung einer Datenbank für barrierefreie, barrierearme und rollstuhlgerechte Wohnungen aufzunehmen und deren Realisierung in Kooperation mit der Neubürgeragentur und den bremischen Wohnungsbaugesellschaften zu initiieren.
2. Die Datenbank ist so zu gestalten, dass sie auch für auswärtige Interessenten zugänglich und über Bremen.de sowie die Informationsdatenbank der Neubürgeragentur erreichbar ist.
3. Die Datenbank sollte intensiv beworben und – im Zusammenhang mit der Gewinnung von Neubürgern – auch überregional bekanntgemacht werden.

Pietrzok, Dr. Sieling, Böhrnsen und Fraktion der SPD

Karl Uwe Oppermann, Pflugradt, Eckhoff und Fraktion der CDU